

Tarifrunde Textil und Bekleidung: Urabstimmung beantragt

6000 Warnstreikende bisher

Warnstreiks in der baden-württembergischen Textil- und Bekleidungsindustrie: Rund 6000 Textilerinnen und Textiler legten in der ersten Welle die Arbeit nieder. Bei Redaktionsschluss stimmten die Tarifkommissionen dafür, beim IG Metall-Vorstand die Urabstimmung zu beantragen.

Nachdem die Tarifverhandlungen in der vierten Runde ergebnislos abgebrochen wurden, äußerte sich der Unmut der Beschäftigten in zahlreichen Aktionen. Die Unternehmer hatten für eine Altersteilzeit ein Lohnopfer der Beschäftigten gefordert, womit die Beschäftigten in der Einkommensstatistik noch weiter von deren Branchen ab-

hängt worden wären.

Den Auftakt der Aktionen machte Steiff in Giengen/Brenz. Es folgten weitere Betriebe in Heidenheim, wo bisher insgesamt rund 1500 Beschäftigte die Arbeit niederlegten. Neben Steiff waren es etwa Ziegler, Stahl, Ploucquet und Hartmann.

Weitere Aktionen gab es in zahlreichen weiteren Verwaltungsstellen: Albstadt (Gonso,

Schöllher, Volma); Freiburg (Coats, auch in Bräunlingen, zu Villingen-Schwenningen); Freuden-

stadt (Conzelmann, Diegel), Gaggenau (Johnson Controls); Göppingen (Geschmay, Benecke-Kaliko); Karlsruhe (Spinn-Weberei Ettligen, Blicker, Wackher); Lörrach (KBC, Bochmann, TV Wehr); Ludwigsburg (Amann); Mannheim (Felina); Offenburg (Hartmann Achern); Reutlingen (Boss, Pausa); Singen (Schieser); Schwäbisch Hall (Hornschuch); Ulm (Gerster, Inter-glas).

Aktuelle Infos über den Fortgang der Tarifrunde gibt's im Internet unter <http://www.bw.igm.de>.

Zu den Bildern: Oben Carl Stahl, Mitte Steiff (Verwaltungsstelle Heidenheim); unten links Coats in Bräunlingen, u. rechts Boss Metzgingen (Reutlingen). ◀



Foto: Graff/IGM



Heimarbeiter und Teleworker können voneinander lernen

Vermeintliche Freiheit zu Hause



Moderne Heimarbeit:
Tearbeitsplatz zu Hause

Telearbeit gewinnt immer mehr Bedeutung als schicke, moderne Arbeitsform. Teleworkerinnen und Teleworker erwarten sich mehr Freiheit bei der Arbeitsgestaltung, eine bessere Vereinbarung von Familie und Beruf oder auch, dass sie sich den täglichen Weg ins Büro oder in die Fabrik sparen können. Von der traditionellen Heimarbeit könnten die modernen »Heimarbeiterinnen« und »Heimarbeiter« einig lernen und umgekehrt.

Die traditionelle Heimarbeit ist in einigen Landstrichen Baden-Württembergs auch heute noch ein nicht zu unterschätzender Faktor in der Arbeitswelt. Etwa im strukturschwachen Schwarzwald, vor allem im Süden, aber zum Beispiel auch rund um Pforzheim in der Edelmetall- und Schmuckbranche. Allein für die Automobilbranche arbeiten bundesweit rund 35 000 offiziell registrierte Beschäftigte, sagt Barbara Dal-

piaz, Betriebsrätin bei Hella Licht im südbadischen Todtnau. Die Dunkelziffer dürfte nochmals so hoch sein. Die allermeisten davon sind Frauen, denn Heimarbeit ist der traditionelle Zuverdienst zum Familieneinkommen, wenn ein Arbeitslohn nicht ganz ausreicht.

Viele Jahre lang setzte Barbara Dalpiaz in ihrer Werkstatt zu Hause Leuchten aller Art für die Automobilindustrie zusammen. Vor rund zwei Jahren wurde sie als Betriebsrätin freigestellt und kann sich seither ganz intensiv um die Belange der Heimarbeiter bei Hella Licht kümmern, die in etwa 95 Prozent aller Fälle Kolleginnen sind.

Kein fester Lohn

Das Arbeitsverhältnis eines Heimarbeiters unterscheidet sich deutlich vom sogenannten Normalarbeitsverhältnis. Es gibt zum Beispiel keinen festen Monatslohn, sondern der ist von Auftragslage und Arbeitsanfall abhängig. Garantiert wird nur ein Minimum von 630 Mark. Bei Krankheit gibt es keine Lohnfortzahlung. Die Heimarbeiter können ihre Arbeitszeit theoretisch frei einteilen. Weil sie aber in der Praxis dem Termindruck der Aufträge unterliegen, kommt es oft zu Abend-, Nacht- oder Wochenendarbeit. Überstundenzuschläge werden bei »Zeitsouveränität« nicht gewährt. Heimarbeiterinnen und Heimarbeiter sind eine flexible Manövriermasse für die Unternehmen. Zudem stellen sie dem Betrieb ja auch noch die eigene Werkstatt und darüber hinaus Lagerkapazität für das Material zur Verfügung. Mit dem Arbeits-

schutz ist es auch so eine Sache – Barbara Dalpiaz: »Mit Kleber und Lötzinn in der Werkstatt und das Baby daneben – da ist nicht viel mehr zu sagen.« Rechtliche Grundlage für die Heimarbeit ist das Heimarbeitsgesetz. Heimarbeitsausschüsse regeln die Entlohnungsbedingungen; eigenständige Tarifverträge gibt es nur wenige. Barbara Dalpiaz ist Mitglied des Bundesausschusses für den Organisationsbereich der IG Metall.

Vorurteile

Zu den schwierigen Bedingungen kommen noch die Vorurteile: Den ganzen Tag zu Hause – ob man das überhaupt als Arbeit bezeichnen kann? Das bringt Barbara Dalpiaz in Rage: »Selbst wenn ich tagsüber mal einkaufen gehe oder mich um die Kinder kümmere, muss ich das doch nacharbeiten.«

Fehlender Kontakt zum Betrieb

Ein wichtiges Problem der Heimarbeiterinnen und Heimarbeiter ist der fehlende Kontakt zum Betrieb. Sie kennen meistens nur den Lkw-Fahrer, der die Produkte bringt und abholt, und – falls es ihn gibt – den Betreuer, der die Maschinen einrichtet. »Viele kennen nicht mal den Chef«, so Barbara Dalpiaz. Ihre Hauptaufgabe als Betriebsrätin sieht sie deshalb in der Kontaktpflege mit den Kolleginnen und Kollegen. Hier treffen sich die Heimarbeiter wieder mit den Teleworkern. Auch bei ihnen ist es wichtig, dass die Kontakte zum Betrieb bestehen bleiben. Auch Teleworker müssen ihre Pensen schaffen – und das möglichst nicht in der Nacht oder am Wochenende. Das alles sollte in Betriebsvereinbarungen geregelt werden. Gegen Vorurteile hilft das nicht: Da helfen nur Information und Gesprächsbereitschaft. Informationen für Heimarbeiter wie für Teleworker gibt's bei allen IG Metall-Verwaltungsstellen und auf der IG Metall-Homepage unter <http://www.igmetall.de>. ◀

SPD im Landtag fordert neue Lehrer

Sonst droht Bildungsmisere

Die Schülerinnen und Schüler in Baden-Württemberg mussten nach Ansicht der SPD im Landtag unter denkbar schlechten Voraussetzungen ins neue Schuljahr starten. Die von der Landesregierung beschlossenen 940 zusätzlichen Lehrerstellen würden hinten und vorne nicht ausreichen.

Schon jetzt habe es Meldungen aus verschiedenen Schulämtern gegeben, wonach im neuen Schuljahr mit deutlich niedrigeren Stundenzuweisungen gerechnet wurde. Trotz steigender Schülerzahlen seien für einzelne

Schulen Kürzungen bei den Lehrerrzuweisungen von bis zu fünf Prozent bekannt geworden. Das betreffe vor allem die Haupt- und Realschulen, wo es nach Meinung des Bildungsexperten Norbert Zeller zu Verschlechterungen bei der Unterrichtssituation komme.

Die SPD spricht von einer Bildungsmisere und hat das Doppelte der Stellenzahl gefordert. Nur so, sagte Bildungsexperte Zeller, könne eine Unterrichtsgarantie gegeben werden, wie sie die SPD fordert. ◀



Foto: IGK Gaggenau

Gemeinsam solidarisch für einen Anerkennungstarifvertrag: Beschäftigte von Magna Eybl in Rastatt

Magna Eybl in Rastatt: Verhandlungen nach Warnstreik *Die Tarifbindung erkämpft*

Mit der Unterschrift unter den Anerkennungstarifvertrag konnte die Auseinandersetzung um die Tarifbindung bei Magna Eybl in Rastatt beendet werden.

Mit einem Warnstreik hatten die Beschäftigten dokumentiert, dass sie es ernst meinen. Der Warnstreik war nötig geworden, weil die Verhandlungsaufforderung der IG Metall in Gaggenau von der Geschäftsleitung zunächst ignoriert wurde. Letztendlich konnte aber eine gute Verhandlungsbasis gefunden werden.

Der Hersteller und Just-in-Time-Lieferant von Türinnenverkleidungen für Daimler-Chrysler in Rastatt hat damit die Arbeitsbedingungen unterschrieben, die die Beschäftigten gefordert hatten.

Die unterschriebenen Tarifverträge sind zum 1. September in Kraft getreten und sehen eine Übergangsphase bis zum 31. Dezember 2000 vor. In dieser Zeit haben die Betriebsräte mit der Geschäftsleitung viel zu regeln. Von der Eingruppierung

der Beschäftigten bis hin zu einer Arbeitszeitregelung auf Basis der 35-Stunden-Woche gibt es noch jede Menge zu vereinbaren. Für die Beschäftigten ist diese Übergangsphase kein Nachteil. Schließlich erhalten sie ab September für jeden Monat bis zum Jahresende 150 Mark als Ausgleich.

Und die Geschäftsleitung und Betriebsräte können sich sicher sein, dass sie für die praktischen

Dinge der Tarifumsetzung mit der Unterstützung der IG Metall rechnen können.

Unterm Strich lässt sich festhalten, dass dieses Ergebnis erst durch das solidarische Zusammenstehen der Belegschaft erreicht werden konnte. Mit einem Organisationsgrad von über 90 Prozent hat die IG Metall bei den 70 Beschäftigten die Erwartungen voll erfüllt, wie die Gaggenauer IG Metall mitteilte. ◀

»Republikaner«-Parteitag *IG Metall unterstützt Aufruf zu Aktionen*

Die IG Metall unterstützt den Aufruf des Winnender Bündnisses »Gemeinsam gegen Rechts«. Das »Bündnis« will am 18. November gegen die »Republikaner« demonstrieren, die dort im Rems-Murr-Kreis ihren Bundesparteitag abhalten wollen.

Ein Auszug aus dem Aufruf: »Der Parteitag der rechtsradikalen Republikaner am 18. und 19. November ... stößt auf entschiedenen

Widerstand aus der Bevölkerung. Die Reps stehen für eine Politik, die in Flüchtlingen und Menschen anderer Herkunft oder Hautfarbe Sündenböcke für Missstände in unserem Land sehen. Damit bereiten sie den Boden für Brandanschläge und Morde ... Die Kontakte der Reps reichen bis weit ins neofaschistische Spektrum und zur NPD, was jüngst der Verfassungsschutz in Baden-Württemberg wieder bestätigte.« Infos beim DGB-Kreis Waiblingen, Fronackerstraße 60, 71332 Waiblingen.

Meldung

► Landeserziehungsgeld auch für türkische Familien:

Auch in der vom baden-württembergischen Sozialministerium jetzt angekündigten Neuordnung beim Landeserziehungsgeld sind türkische Familien nicht vorgesehen, wie die stellvertretende DGB-Landesvorsitzende Anne Jenter bemängelt. Nach einer Entscheidung des Europäischen Gerichtshofes haben aber auch Türken die gleichen Ansprüche auf Familienleistungen wie EU-Bürger und Deutsche. Bisher bekamen türkische Familien nur das Bundeserziehungsgeld. Anne Jenter kritisiert die abwehrende Haltung des Sozialministeriums als »nicht akzeptable Diskriminierung« der türkischen Familien mit kleinen Kindern. Sie zahlten hier Steuern und Sozialabgaben und haben deshalb auch Anspruch auf soziale Leistungen. Anne Jenter: »Die Ausgrenzungspolitik der Landesregierung ist integrationsfeindlich und nicht mit europäischem Recht vereinbar.« ◀